

## DER NUTZEN EINER REZSSION

Ansgar Belke, Martin Leschke und Thorsten Polleit\*)

Die deutsche Wirtschaft leidet nicht unter einem Konjunkturproblem, sondern unter einem stetig sinkenden Wachstum. In den vergangenen zehn Jahren legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Schnitt nur noch 1,4 Prozent zu, Tendenz fallend. Die Folgen sind dramatisch.

Das Wachstumsniveau reicht nicht aus, um die völlig inakzeptable Beschäftigungslage zu verbessern. Und mit den Aufkommensbeiträgen lässt sich die Finanzierungslast nicht bewältigen, die aus den ineffizienten Sozialsystemen resultiert. Zudem übersteigen bereits heute die Zinskosten, die auf die öffentliche Schuld zu zahlen sind, die Einkommenszuwächse des BIPs: In Deutschland wird also per saldo kein Mehrwert geschaffen, sondern Substanz verzehrt.

Von 2001 bis 2003 legte das deutsche BIP-Wachstum im Schnitt nur um etwa 0,3 Prozent zu. Das gibt wenig Anlass für optimistische Hoffnungen, dass dem Konjunktural nun der Aufschwung folgt, sondern nährt die Befürchtung, dass Deutschland sich auf eine anhaltende Stagnation einrichten muss. Eine solche Phase, in der die Wirtschaft für Jahre kaum noch wächst, dürfte sich als problematischer erweisen als das gefürchtete Durchleben einer Rezession.

Eine Rezession, das heißt ein temporärer Rückgang der Produktion, begleitet von relativ stark steigender Arbeitslosigkeit, ist politisch höchst unliebsam, weil die regierenden Politiker für die Misere verantwortlich gemacht werden, obschon Konjunkturbewegungen politisch kaum zu verhindern sind. Meist wird jedoch übersehen, dass eine Re-

zession wichtiger Bestandteil eines marktwirtschaftlichen Systems ist. Denn sie lenkt die knappen Produktionsfaktoren in neue Verwendungsrichtungen und passt sie an die neuen Präferenzen der Marktakteure an. Überkommene Strukturen werden verändert, gute Anbieter setzen sich gegen schlechte durch, Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln sich.

Anders als eine Rezession übt eine dauerhafte Stagnation kaum oder gar keinen Druck aus, die Produktionsfaktoren und institutionellen Rahmenregeln neu zu ordnen. Vielmehr breiten sich Beharrungstendenzen aus. Stabile, relativ reiche Gesellschaften neigen dazu, immer mehr Gruppen hervorzubringen, deren Spezialgebiet darin besteht, die vorhandene Verteilungsmasse zu ihren Mitgliedern zu lenken. Kaum eine Gruppe kümmert sich noch um die Frage, wie der Kuchen vergrößert werden könnte. In der Folge steigt die Arbeitslosigkeit, das reale Wachstum einer Volkswirtschaft sinkt.

Koalitionen von Gruppen, die sich vorwiegend mit Verteilungsfragen beschäftigen, sind effizienzmindernd. Der Ökonom Mancur Olson hat festgestellt, dass Verteilungskoalitionen nur langsam entscheiden und Preisverzerrungen zu Gunsten der eigenen Mitglieder akzeptieren. Sie favorisieren extensive Regulierungen und Regierungsinterventionen zu ihren Gunsten und verringern so die Anpassungskapazität einer Volkswirtschaft an Technologie- und sonstige Schocks. Und sie widersetzen sich wirtschaftspolitischen Reformen, die die marktliche Anpas-

sungsfähigkeit erhöhen sollen, weil ihr Besitzstand gefährdet werden könnte.

Gruppen, die umfassendere Allgemeinwohlziele verfolgen, können den Verteilungscoalitionen oft keinen Druck entgegenzusetzen, weil ihre Schlagkraft durch das Problem des Trittbrettfahrens gelähmt wird; es ist eben schwer, eine Großdemonstration für abstrakte gesellschaftliche Ziele zu organisieren. Schocks wie starke Rezessionen erweisen sich im Nachhinein als durchaus wohlfahrtssteigernd, sie führen letztlich zu einem höheren Wachstum, einem höheren Pro-Kopf-Einkommen und einer geringeren Arbeitslosigkeit. Ihr Nutzen übertrifft die übergangsweise auftretenden Kosten - Unterauslastung der Kapazitäten und Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Gerade die Konjunkturkrise kann ein Vehikel sein, um Erfolg versprechende Reformen auf den Weg zu bringen. Wegen des steigenden Problemdrucks erhöht sich auch allgemein das Arbeitsplatzrisiko. Dies wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass auch die, die einen Arbeitsplatz haben, eine Politik unterstützen, die Regulierungen abbaut, Marktkräfte stärkt und mehr Investitionen und Beschäftigung bringt.

Gleichzeitig neigen Regierungen dazu, ein Problem erst dann offensiv anzugehen, wenn dieses allgemein als "zentral" aufgefasst wird. Arbeitslosigkeit ist immer nur zentral, wenn sie infolge einer Rezession unerwartet stark steigt, weit weniger aber, wenn sie im Zuge einer Stagnation oder im Fahrwasser der konjunkturellen Erholung auf einem hohen Niveau verharrt.

Politisch bildet sich damit ein "Gelegenheitsfenster": Der Zusatznutzen einer Regierung, der ihr zum Beispiel aus Reformen der

Arbeitsmärkte erwächst, kann durchaus so hoch sein, dass auch unpopuläre Maßnahmen, die die Besitzstände einzelner Gruppen angreifen, in einer Übergangsphase in Kauf genommen werden. Es ist hingegen ungleich schwieriger, eine flexibilisierende Reformpolitik nach einer Rezession durchzusetzen, wenn das Niveau der Arbeitslosigkeit seinen Höchststand erreicht hat und Stagnation droht. Denn die Interessengruppen konzentrieren sich bereits wieder auf Regulierungsmaßnahmen, um den Besitzstand der eigenen Klientel zu schützen.

Angesichts der Stagnationsgefahr steht das Gelegenheitsfenster für Reformen in Deutschland nicht unbegrenzt offen. Verlieren die Bürger in noch stärkerem Umfang das Vertrauen in die Politik, überhaupt noch das Ruder herumzureißen, schwindet ihre Bereitschaft vollends, Einkommenseinbußen zu erdulden. Denn diese werden dann nicht mehr als Investition in die Zukunft angesehen, sondern nur noch als reiner Verzicht. Deutschland muss seine Reformbemühungen verstärken und darf keine Zeit mehr verlieren. Das immer noch rezessionsträchtige Umfeld bietet hierfür eine - vielleicht auf absehbare Zeit letzte - Gelegenheit, die genutzt werden muss, um die Stagnation doch noch abzuwenden.

*\*) Ansgar Belke ist Professor an der Universität Hohenheim, Martin Leschke ist Professor an der Universität Bayreuth, Thorsten Polleit ist Chefökonom (Deutschland) von Barclays Capital, und Honorarprofessor an der Hochschule für Bankwirtschaft in Frankfurt. Dieser Beitrag wurde am 17. November 2003 in Die Welt, S. 12, veröffentlicht.*